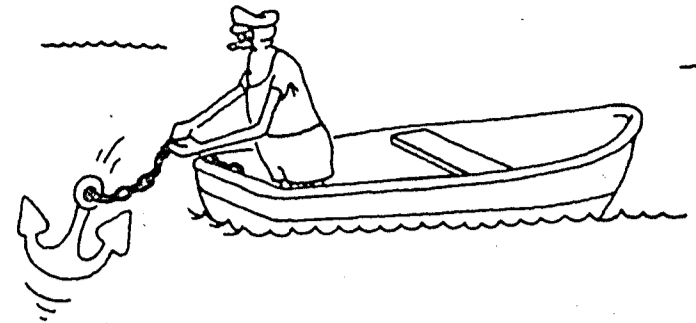


# Gorbatschow und der linke Konservatismus



Gespräch mit Thomas Neumann („Düsseldorfer Debatte“)

Thomas Neumann, Jahrgang 1937, erhielt wegen seiner DKP-Mitgliedschaft zweimal Berufsverbot als Hochschul-lehrer/Dozent für Soziologie. 1975-81 angestellter Funktionär der DKP in Düsseldorf (Wissenschaftspolitik). 1981-83 stellv. Chefredakteur der „Deutschen Volkszeitung (dvz)“, seit 1984 Redakteur der „Düsseldorfer Debatte“. Die Ausschlussdrohung des DKP-Präsidiums quittierte er mit dem Parteaustritt. Buchveröffentlichung Herbst 1987: „Was dem Bauern alles blüht, Gespräche auf dem Lande“ (über die Zerstörung des bäuerlichen und des Dorflebens in der BRD), Verlag Kiepenheuer & Witsch.

tie sind, so wie die Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft mehr als nur bürgerliche Wissenschaft ist, daß man davon also lernen kann. Insofern holt der Sozialismus in der SU Versäumtes nach. Das im Namen eines Dogmas zu bestreiten, ist albern.

*Kannst Du das konkreter machen?*

Zum „Grundwissen des jungen Sozialisten“ in der BRD gehört es bis heute anzunehmen, die Gewaltenteilung sei eine ausschließliche Angelegenheit der bürgerlichen Revolution und schädlich für den Sozialismus. Aber was ist es anderes als Gewaltenteilung, wenn Gorbatschow das Wahrheitsmonopol der eigenen Partei in Frage stellt; wenn in der Sowjetunion der Mangel an unabhängigen Rechtsinstitutionen, Verwaltungsgerichten und einer ernstzunehmenden Verteidigung eingeklagt wird? Wenn man über die Nützlichkeit eines Verfassungsgerichts nachdenkt?

Und das ist für die Linke im Westen interessant. Die Frage hier kann ja nicht sein, ob die Sowjetunion sich am Ende zurückentwickelt. Das ist ihre Sache. Linke im Westen haben darüber nachzudenken, was der Satz von Marx bedeutet, demzufolge die Bedingungen für eine neue Gesellschaft im Schoße der alten herangereift sein müssen, ehe die neue auf den Weg kommt. Was gehört alles zu diesen Bedingungen? Nach den Erfahrungen der Gorbatschow-Fraktion, und die sind etwas umfassender als die westlicher kommunistischer Parteien, gehören dazu offenbar mehr als Vergesellschaftung des Eigentums, was immer das ist, und als Diktatur des Proletariats, was immer das ist.

*Verkürzen wir nicht unsere Diskussion um einen emanzipatorischen Sozialismus, wenn wir ihn anhand von Vorgängen in einem — Gorbatschow hin, Sagladin her — völlig zurückgebliebenen System führen?*

Es geht hier nicht um eine Übertragung, das ist immer Unsinn, sondern man muß darüber nachdenken, was alles zum Sozialismus gehört. Zum Beispiel Öffentlichkeit. Das ist mehr als ein Tapetenwechsel. Da muß man sich eben entscheiden, um in Hagers schöner Bildersprache zu bleiben, ob man das Licht durch die Fenster ins Innere des Hauses läßt oder wie in Schilda in Säcken einfängt und dann ins Haus trägt, weil man vergessen hat, Fenster einzubauen. Über den emanzipatorischen Wert von Öffentlichkeit nachzudenken, das stünde auch der Linken hier ganz gut an. Demokratie ist letzten Endes immer formal. Öffentlichkeit ist die substantielle Seite der Demokratie, dazu gehört viel mehr als Abstimmen. Für Öffentlichkeit hat zum Beispiel der scheinbar demokratische Satz, nach dem die Minderheit sich der Mehrheit beugen muß, keine Bedeutung. Und schließlich ist das genaue Gegenteil von Öffentlichkeit demokratischer Zentralismus. Das zum Beispiel ist eine für den Sozialismus noch ganz unbearbeitete Angelegenheit.

*Kommunistisches Interesse darf sich nicht auf die Freiheitsrechte beschränken, sondern muß auch das Ziel der Gleichheit im Auge haben. Wird nicht in der Sowjetunion durch die neuen Wirtschaftsreformen ein Mehr an Ungleichheit geschaffen, also eine Bewegung weg vom Ziel des Kommunismus, einer Gesellschaft ohne Oben und Unten, ohne Arm und Reich?*

Bisher werden Ärzte, Ingenieure und Lehrer schlechter bezahlt als Arbeiter, oder gleich. Das führt automatisch dazu, daß die Leute lieber Busfahrer werden als Arzt, oder daß Ärzte bestechlich sind, mit allen Folgen für das Gesundheitssystem. Wenn sich das jetzt ändern soll, so ist das gerechtfertigt.

Etwas anderes ist die Ungleichheit zwischen Angehörigen der sog. Nomenklatura auf der einen Seite, und normalen Bürgern auf der anderen. So ein Bürokrat hat in der Regel viele Privilegien, die aber nicht durch mehr Leistung, mehr Verantwortung oder mehr Arbeit gerechtfertigt sind.

Wenn diese Ungleichheit, die in der Realität keinerlei materielle Grundlage

hat, beseitigt wird, und stattdessen die andere Ungleichheit, die sehr wohl materiell begründet ist, akzeptiert wird, dann ist das schon ein großer Fortschritt. Erst dann läßt sich wieder vernünftig darüber reden, wie diese Gesellschaft auf den Weg zu mehr Gleichheit gebracht werden könnte; nicht zu vergessen die dritte Forderung der Französischen Revolution.

## Die Mauer des Dogmatismus

*Seht Ihr in der DKP Tendenzen, daß die Mauer des Dogmatismus bröseln? Welche Einwirkungen hat das vielbeschworene „Neue Denken“ der Sowjets auf Theorie und Praxis der DKP?*

Ich habe viele Jahre für die DKP als Funktionär agitiert und werde nun nicht den umgekehrten Part spielen. In der DKP gibt es eine gewisse Verstocktheit, die weniger mit Personen, mehr mit der Struktur verbunden ist, mit der Struktur der Partei neuen Typs, wie Lenin sie vor mehr als 80 Jahren nannte. Der „neue Typ“ ist in die Jahre gekommen. Ihre strukturelle Verstocktheit teilt die DKP übrigens mit anderen Parteien in der BRD, die die Grünen ausgenommen. Die Leute, die in der Partei bestimmen, sind fast ausnahmslos Berufspolitiker wie bei CDU, SPD und FDP. Sie nennen sich neuerdings auch so. In der UZ steht häufig „Anwesend waren auch Politiker der DKP“. Ganz früher hießen sie Berufsvolutionäre. Auf jeden Fall Beruf, d.h. sie haben nur diese eine Erfahrung, vieles der Gesellschaft ist ihnen fremd. Sie wurden sich auf anderen Posten schlecht zurechtfinden. Sie haben ihr sehr eigenes Gesellschaftsbild. Zu diesem Bild gehört als unumstößliche Wahrheit, daß der Sozialismus allem anderen um mindestens eine Epoche voraus ist. Angesichts der Realitäten erzwingt diese Vorstellung, wenn man sie nicht aufgeben kann, die hiesige Gesellschaft stets um eine Epoche zurückzudatieren. Das ist nicht immer ganz einfach, und die Gorbatschow-Fraktion hat es nicht einfacher gemacht.

Schließlich entsteht für alle kommunistischen Parteien im Westen eine ganz neue Schwierigkeit, die sie im Innersten berührt. Für die kommunistischen Parteien des realen Sozialismus, namentlich die KPdSU und die SED, waren die KPs des Westens offiziell die autorisierte Stimme ihrer Länder. Also die DKP war die einzig wahrheitsgetreue Stimme der BRD. Die Urteile über die BRD wurden in der „Pravda“ ebenso wie im „Neuen Deutschland“ in letzter Instanz mit Aussagen der DKP oder der „UZ“ abgestützt. Das hat sich geändert. Nicht nur auf staatlicher Ebene, sondern auf allen Ebenen sind für die KPdSU, auch für die SED, neue, gleichwertige, oft höherwertige Gesprächspartner ins Spiel gekommen. Die Stimme der DKP ist eine unter anderen geworden. Wir haben diese Veränderungen in der „Debatte“ sehr konkret erfahren. Als die Zeitschrift zum ersten Mal erschien, wurde sie von der DKP als eine „feindliche Plattform“ verworfen. Das war ein aparter Gedanke. Und schon nach der zweiten Ausgabe, im Oktober 1984 — da waren die Parteausschlussverfahren gegen uns noch gar nicht abgeschlossen — hatte R. Steigerwald (3) diese Sprachregelung in der DDR verankern können. Auf dem DDR-Philosophiekongreß 1984 nannte er Redakteure und Autoren der „Debatte“ „intellektuelles Lumpenproletariat“ und ergänzte: Dieses Lumpenproletariat „erzwingt sich mit seinem Verhalten gegenüber dem Sozialismus und seiner Ab-

stinenzhaltung zum Leninismus als schlimmer als das Lumpenproletariat“. So steht's im veröffentlichten Protokoll. Zu unserer Ehre muß ich hinzufügen, daß nicht nur die Leute der „Debatte“ zu Gonen erklärt wurden. Steigerwald nannte in einem Atemzug mit uns das „Argument“ und seine Autoren ebenfalls „Lumpenproletariat“; da waren wir unserer Sache selbstverständlich gleich sicherer. Der Sinn der ein wenig monstrosen Aktion war klar. Doch jetzt haben wir ja dieses Papier über den politischen Streit und seine Kultur, auf das SPD und SED sich einigten. Was soll er nun machen? Die neue Kultur ist für Steigerwald, der selbst aus der SPD kommt, nicht von heute auf morgen zu erlernen.

*Mit einem Wort: Ich weiß nicht, ob der Dogmatismus „bröseln“. Ich ahne aber, daß da ein paar Schwierigkeiten auf den Tisch gelangt sind und daß diese Schwierigkeiten nicht mehr per Beschluß erledigt werden können.*

*Im wesentlichen seht ihr bei der hiesigen Linken einen Totstell-Reflex auf die Herausforderungen Gorbatschows. Als „tantenhafte Schreckschrauben“ habt ihr diese Linke bezeichnet, und euer Mitarbeiter Peter Maiwald hat sich den Vers notiert: „Die Feinde der Neugier bescheiden uns stets: Das ist nichts Neues.“*

## Linke für Waldursprünglichkeit?

Gorbatschow wird nicht als Herausforderung für sozialistisches Denken angenommen. Die Linke freut sich, daß etwas in Bewegung geraten ist. Das tun andere, das tut die Rechte auch. Die Linke diskutiert schon seit Jahren nicht mehr Fragen des Sozialismus, sie diskutiert über Ökologie. Aus unterschiedlichen Richtungen, mit unterschiedlichen Begründungen hat man sich da herangearbeitet, nicht abgearbeitet. Die DKP, sicher auf der insgesamt kleinen Linken noch immer die an Mitgliedern stärkste Gruppierung, sagte zunächst: Die Grünen dürfen sich nicht als Partei konstituieren, es darf sie nur als Bündnisbewegung geben. Dann machten die das doch, es kam die Parteibildung, und man hat die Grünen als reaktionär beherrscht „eingeschätzt“. Einschätzen ist bei manchen Leuten eine Lieblingsbeschäftigung. Das erspart Analyse und Kritik. Dann kamen die Wahlerfolge der Grünen, und ihre Attraktivität für Linke, auch für Mitglieder der DKP, war schwer zu übersehen. Also hat man sich arrangiert und versucht, der Sache eine neue Wende zu geben. Man hat gesagt, die grünen Grundfragen seien in der DKP noch besser und noch gründlicher zu lösen als von den Grünen selbst. Und dann kam Tschernobyl und demnächst kommt Wismut. Dage-

gen gibt es noch nicht die mindeste Vorstellung über die Weiterentwicklung der Gesellschaft auf der Basis der zukünftigen Produktivkräfte.

*Du kritisierst also, daß die marxistische Linke sich generell zu stark auf den Produktivkraft-Pessimismus der Grünen eingelassen hat?*

Sie hat sich nicht nur darauf eingelassen, sie hat ihn übernommen. Das kann sie auch machen, wie sie will. Ich bin aber der Ansicht, daß man sich klar entscheiden muß. Entweder macht man den Produktivkraft-Pessimismus mit, dann muß man die Konsequenzen ziehen, d.h. man kann sich dann nicht mehr auf Marx berufen. Das A und O der Theorie von Marx heißt nun mal, die Entwicklung der Produktivkräfte setzt revolutionäre Potenzen frei. Da gibt es wenig Interpretationsspielraum. Will man diesen Leitfad von Marx beschneiden, soll man das sagen, und es ist dann klar ein Abschied von der Theorie des Historischen Materialismus. Das stört die Theorie nicht, es haben sich schon viele von ihr verabschiedet. Die Produktivkräfte werden dennoch die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung bleiben. Wir wissen doch noch gar nicht, was die Computerisierung bewirken wird.

Solange die neue Technik sich im Stadium der Dampfmaschine bzw. ihrer modernen Variante, des Elektromotors, bewegte, solange hat man Zukunftsbilder entworfen. Aber seitdem ist Ruhe im Marxismus. Seitdem sprechen marxistische Theoretiker der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ vom Fluch und Segen dieses Wortungeheuers — wie in der Bibel.

Das Grundproblem der marxistischen Theorie und Ideologie scheint in folgendem zu liegen: Bisher war es immer so, daß die revolutionären Kräfte auf der Seite des Neuen gegen das Alte standen. Das ist das Urbild aller Veränderung, neu gegen alt. Nun ist es recht komisch zu sehen, wie diese Beziehung sich im Gegenteil verkehrt hat. Die Linke tritt gegen die Moderne mit der Postmoderne an. Kein Marxist muß sich wundern, wie gering das Interesse an seiner Anschauung ist, wenn er nichts anderes über die Zukunft zu sagen weiß, als daß sie eine in sanfter, alternative Techniken eingebettete neue Waldursprünglichkeit sein möge. Gesellschaft ist Vergangenheit, Zukunft ist naturwüchsig. Das kann man machen, aber man kann es nicht mit Marx machen. Niemand will erarbeiten, welche emanzipatorischen Möglichkeiten ein radikales Weitertreiben der neuen Techniken in sich birgt. Und Weitertreiben ist etwas anderes als Umgeben in sogenannte Alternativen. Aus Panzern sollen Badewannen gemacht werden, aus kriegerischen Satelliten friedliche usw. Das ist aber kein Produktivkraftproblem. Man kann nur für oder gegen Panzer sein, aber nicht gegen Panzer und für Badewannen. Dann trifft man sich ganz schnell wieder mit den Panzerherstellern und ihren Teflonpfannen. Man kann sich doch nirgends mehr aufhalten, ohne nicht in ein Expertengespräch über das Ozonloch oder die Lebensgrundlage der Schwarzwälder verwickelt zu werden. Wenn man dagegen von der Gesellschaft redet, werden alle müde. Wir hatten in der „Debatte“ einen Aufsatz von Michael Springer, der an-

Fortsetzung nächste Seite

DÜSSELDORFER  
DEBATE  
Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

